

Stolper Post

Tageszeitung
für Stadt und Land



Ämtliches
Publikations-Organ

Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten des Stadt- und Landkreises Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3 gespalt. Reklamezeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland.

Nr. 138

Sonnabend, den 14. Juni 1924.

48. Jahrgang

Doumergue gewählt.

Paris, 13. Juni. Die Wahl des Präsidenten durch die Nationalversammlung in Versailles wurde um 5 Uhr geschlossen. Das Ergebnis ist folgendes: 860 Stimmen wurden abgegeben. Doumergue erhielt 515 Stimmen, Painlevé 309, der Kommunist Camelinat 21 Stimmen. 8 Stimmen waren versplittert. 7 Stimmen unguiltig.

Doumergue ist somit zum Präsidenten der Republik gewählt. Paris, 13. Juni. Bei der Verkündung des Resultates der Präsidentenwahl entstand im Kongressaal großer Tumult. Die Rechte und das Zentrum brachten Doumergue stürmische Ovationen dar. Die Linksparteien mit den Kommunisten antworteten durch lärmende Zwischenrufe und Klappen mit den Bechern.

Der neue Präsident, Gaston Doumergue, wurde am 1. August 1863 in Angers-Vives, Département Gard, geboren, studierte Rechtswissenschaft, ward Advokat und ging in die Kolonien als Beamter. 1893 wurde er in die Kammer gewählt. 1902 sah ihn das Kabinett Combes als Kolonialminister. 1905 bis 1906 war er Vizepräsident der Kammer, ab 1906 Finanzminister im Kabinett Sarrien und Clemenceaus. 1909 trat er, inzwischen Unterrichtsminister geworden, mit Clemenceau zurück. Inzwischen in den Senat gewählt, übernahm er nach vergeblichen Versuchen Ribots und Jean Dupuy 1913 die Bildung des Kabinetts, in dem er das Ministerium des Meeres übernahm. Anfang 1914 demissionierte er und zog sich zurück aus einer unhaltbaren Lage. Präsident des Senats ist er seit 1923.

Herriot wird annehmen.

Berlin, 13. Juni. Wie aus Paris gebrachtet wird, erüchte unmittelbar nach Beendigung des Wahlaufes Präsident Doumergue den Abgeordneten Herriot, ihn nach Schließung der Nationalversammlung sobald als möglich aufzusuchen. Herriots Freunde erklären, daß die Meldung, Herriot habe sich dahin geäußert, er werde den Auftrag zur Kabinettsbildung nur aus den Händen des von der Linken präferierten Präsidenten der Republik (Painlevé) entgegennehmen, nicht den Tatsachen entsprechend sei. Außerdem läßt Herriot erklären, er werde, wenn er das neue Kabinett bilde, dieses nicht vor Dienstag der Kommer vorstellen.

Die Begegnung von Chequers.

Das vorläufige Programm.

Wie aus London berichtet wird, soll die Begegnung Herriots mit Macdonald in der nächsten Woche in Chequers stattfinden. Das Programm der Aussprache, das keinen abschließenden, sondern nur einen vorbereitenden Charakter haben werde, enthalte folgende Punkte:

1. Notwendigkeit der Amnestie deutscher „politischer Verbrecher“;
2. der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, und zwar schon bei der nächsten Vollversammlung, und die Frage, ob Deutschland einen Sitz im Völkerbund erhalten soll;
3. die wirtschaftliche Räumung der Ruhr und die Rückgabe der Eisenbahnen;
4. die Frage, wie weit die militärische Kontrolle beibehalten werden dürfe;
5. die Möglichkeit eines gemeinsamen Vorgehens, falls Deutschland seine Verpflichtungen nicht erfüllt;
6. die interalliierten Schulden;
7. die Sicherheiten.

Die Auffassung der neuen französischen Regierung werde sich, was die Punkte 1 bis 4 betreffe, von der des früheren Kabinetts kaum unterscheiden. Herriot dürfe darauf bestehen, daß die Interalliierte Kommission weiter die militärische Kontrolle in Deutschland ausübt. Er werde auf ein Garantienabkommen gemeinsamen Vorgehens drängen. Man erwartet sogar einen Vorschlag, auf dem rechten Rheinufer eine 20-Kilometer-Zone für eine Kontrolle nach Beendigung der Besetzung zu schaffen. Frankreich meine, die durch den Friedensvertrag garantierte Entmilitarisierung dieser Zone biete nicht genügend Garantie für die Sicherheit. Daher solle sie unter die Kontrolle des Völkerbundes gestellt werden.

Wer ist Herriot?

Der kommende Leiter der Politik Frankreichs ist Jude! Darum setzt man in Moskau große Hoffnungen auf ihn. Man ist dort fest davon überzeugt, daß er eine lebhaftere Zuneigung zur „russischen“ Rätereipolitik empfindet. Wie sicher man in diesem Vertrauen zu sein scheint, geht daraus hervor, daß mit dem Gedanken umgegangen wird, die Berliner Handelsvertretung nach Paris zu verlegen, ja mehr noch, das Zentrum der 3. Internationale soll nach Paris verlegt werden.

Das letztere aus dem Grunde, da die in Rußland selbst zu erwartende Entwicklung der Dinge ernste Sorgen für Leib und Leben der Bolschewisten einflößt. Wenn wir auch nicht an die Ausführung dieser Pläne glauben — denn das Heft in Frankreich haben die Militärs in den Händen, und der Franzose ist klüger als der Durchschnittsmichel —, so ist es doch besonders bemerkenswert, daß Herriot für Moskau in Anspruch genommen werden kann.

Völkische Woche der Deutschnationalen.

Berlin, 13. Juni. Die Völkische Woche der Deutschnationalen Volkspartei wird am Montag, den 16. Juni, vormittags 11 Uhr im Reichstagsgebäude durch den Vorsitzenden des völkischen Reichsausschusses Reichstagsabgeordneten Gräfe-Thüringen eröffnet werden. Nach einer Begrüßungsansprache durch den Reichstagsabgeordneten Grafen Westarp spricht Professor Dr. Christian über „Rasse und Nation“, anschließend Professor Dr. Solgar über „Rassenwirtschaft“, sowie voraussichtlich Professor Dr. Bauer über Rassenhygiene. Am Dienstag vormittags 10 Uhr wird ein Vortrag des Professors Dr. Freiherrn von Freitag-Löwengraben über den „Völkischen Staat“ gehalten. Am Mittwoch, den 18. Juni, halten Oberfinanzrat Dr. Bang sowie Dr. von Brud und Regierungsrat Dr. Priebe Vorträge über „Volkstum und Wirtschaft“. Am Donnerstag findet ein Vortrag über „Vordringung und frühgeschichtliche Ausbreitung der Germanen“ mit Lichtbildern durch den Geheimen Regierungsrat Dr. Kossinna statt, ferner wird Geh. Regierungsrat Dr. Bonhoff über die Frage „Siedlungs- und Bodenrecht“ referieren. Am Freitag wird Professor Dr. Rundi über „Völkische Weltanschauung“ sprechen. Ferner Frau Dr. Maria Grünwald über das „Wesen deutscher Kunst“. Am Sonnabend wird die Tagung durch Vorträge des Reichstagsabgeordneten Mumm und Dr. Niedlich über das Thema „Deutsche Religion“ abgeschlossen werden. In allen Nachmittagen der Woche findet Aussprache über die Vorträge statt. Die Teilnehmerkarten sind bereits vergriffen.

Die Geschäftsaufsicht

Beschlüsse des Reichsrats.

Der Reichsrat nahm in seiner öffentlichen Voll-Sitzung vom Donnerstag nachmittag den auf Grund eines Initiativ-antrages vom Reichstag beschlossenen Gesetzentwurf an, wonach die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats zu Abänderungen der Verordnung über die Geschäftsaufsicht ermächtigt wird, und beschäftigte sich dann mit der von der Reichsregierung auf Grund dieses Ermächtigungsgesetzes vorgeschlagenen Aenderung der noch aus der Kriegszeit stammenden Verordnung über die Geschäftsaufsicht. Die Vorlage der Reichsregierung ist in den Ausschüssen des Reichsrates wie folgt gefastet worden:

Die Voraussetzung des Antrages auf Anordnung der Geschäftsaufsicht wird etwas verschärft. Ferner wird das Geheimverfahren aufgehoben. Bisher war jede öffentliche Bekanntmachung ausgeschlossen. Nunmehr soll die Bekanntmachung im Reichsanzeiger erfolgen und die Landesregierungen können noch weitere Bekanntmachungen anordnen. Eine dritte Verschärfung besteht darin, daß die Anhörung der amtlichen Vertretungen der verschiedenen Gewerbegebiete, also von Handelskammern, Gewerbekammern und ähnlicher Institute, die bisher nur fakultativ vor der Eröffnung der Geschäftsaufsicht stattfinden konnte, in Zukunft obligatorisch ist.

Die Hauptveränderung betrifft die Möglichkeit der Aufhebung bereits bestehender Geschäftsaufsichten. Die Geschäftsaufsicht ist fortan ohne weiteres aufzuheben, wenn in einer Gläubigerversammlung die Mehrzahl der Gläubiger, die zugleich die Mehrzahl der Forderungen, mehr als die Hälfte vertritt, die Aufhebung beschließt. Das soll auch für bereits bestehende Geschäftsaufsichten gelten. Schließlich findet die Geschäftsaufsicht ohne weiteres ihr Ende, wenn drei Monate seit ihrer Anforderung verstrichen sind. Auch das findet auf bereits bestehende Geschäftsaufsichten Anwendung. Die Vollversammlung erklärte sich mit den Beschlüssen des Ausschusses einverstanden. Die neue Verordnung wird sofort im Reichsgesetzblatt veröffentlicht werden und damit Rechtskraft erhalten.

Neue Spaltung der Sozialdemokratie

Nach dem bisherigen Verlauf des sozialdemokratischen Parteitagess kann durchaus mit einer neuen Spaltung der Partei gerechnet werden. Die Opposition wird andauernd

niedergestimmt. Interessant war u. a., was Hermann Müller zum Bericht der Reichstagsfraktion sagte:

„Der Kampf heute ist uns erschwert, weil irreführende Genossen zur Nationalsozialistischen Partei gegangen sind und weil heute eine starke Linkspartei uns mit allen Mitteln zu bekämpfen sucht. Der Reichstag hat augenblicklich keine geschlossene Mehrheit, und das zwingt uns zu Beschlüssen, die von Parteigenossen angefochten sind. Die Proletarisierung weiter Kreise des Mittelstandes während der Inflation hat sich nicht etwa ereignet unter einer nationalsozialistischen, sondern unter einer kapitalistischen Regierung. Aber diese Mittelschichten kommen nicht zu uns, sondern infolge der ihnen innenwohnenden Tradition laufen sie den Rechtsparteien nach.“

In einem Stimmungsbild des „Vorwärts“ über den Parteitag finden sich folgende Zeilen:

„Als nun die Tagesordnung des Parteitagess festgesetzt wird, kommt es zu einem kleinen Geplänkel, von Markwardt-Frankfurt hervorgerufen, das aber schnell in allgemeiner Heiterkeit untergeht, die durch eine Bemerkung von Otto Wels verursacht wird, aber auch allgemeiner Unwille beendet die Episode.“

—Dieses „kleine Geplänkel“ sah in Wirklichkeit so aus: Bei Festsetzung der Tagesordnung erfolgte der erste Angriff der Opposition, die von Markwardt, Frankfurt a. M., geleitet wird. Markwardt betonte nämlich, daß ein Antrag an den Parteitag genehmigt worden sei, man müsse einen sozialdemokratischen Kandidaten für den Posten des Reichspräsidenten benennen. Dieser Antrag sei offenbar verloren gegangen, da der erste Vorsitzende, Wels, seiner keine Erwähnung getan habe. Wels gab hierauf die Erklärung ab, man habe einen Antrag erhalten, den Reichspräsidenten Ebert aus der Partei auszuschließen. Hierüber und über den Antrag zu befinden, sei jedoch nicht Sache Parteitagess.

Deutsches Reich.

Steuererhöhungen in Preußen. Der Ständige Ausschuss des preußischen Landtages beschäftigte sich mit einer Reihe von Steuererhöhungen. Dann beriet der Ausschuss den Entwurf einer zweiten preußischen Steuernotverordnung, durch welche die Mittel für die Besoldungserhöhungen der preußischen Beamten aufgebracht werden sollen. Aus der Vorlage werden folgende Erträge erwartet: 1. durch Erhöhung der Hauszinssteuer um 50 Prozent 120 Millionen Goldmark. 2. Durch Kürzung der Provinzialdotationen 18 Millionen Goldmark. 3. Durch anderweitige Verteilung der Volksschul-lasten 88 Millionen Goldmark. Insgesamt 226 Millionen Goldmark.

Nach dieser Aufstellung würde eine Erhöhung der Mieten auf 59 Prozent der Friedensmiete zu erwarten sein. Außerdem soll den Gemeinden das Recht zustehen, einen Zuschlag zur Hauszinssteuer bis zu 100 Prozent (4 Prozent der Friedensmiete) zu erheben. Die Erhöhung soll am 1. Juli in Kraft treten. Fast alle Parteien äußerten schwere Bedenken, und es wurde betont, daß eine Erhöhung der Mieten zur Erhöhung der Löhne, zur Verteuerung der Wirtschaftsführung und zur Gefahr einer neuen Inflation führe.

Die Gemahlin des Kaisers schwer erkrankt. Wie der „Aufrechte“ erfährt, ist die Gemahlin des Kaisers in Haus Doorn an schwerem Gelenkrheumatismus, verbunden mit hohem Fieber und erheblicher Herzschwäche, erkrankt und liegt seit vierzehn Tagen bewegungslos im Bett. Die überaus schmerzhafteste Krankheit ist bald nach der Rückkehr von ihrer Reise nach Deutschland ausgebrochen, von wo sie eine schwere Erkrankung mitbrachte, die wahrscheinlich mit den langen Fahrten im Kraftwagen zusammenhängt.

Schon wieder einer! Wie aus Frankfurt a. d. O. berichtet wird, ist der Vorsitzende des Landesverbandes Frankfurt a. d. O. der Deutschen Volkspartei, ausgetreten. — Man sieht, die Massenflucht unter der Parole „Fort von Stresemann!“ hält an.

Zwei Entschliessungen des Vereins für Auslandsdeutschtum. Auf der Tagung des V. d. A. in Hannover-Minden wurden zwei Entschliessungen gefaßt: 1. Die Auffassung von der deutschen Schuld am Kriege ist im Auslande noch immer in weiten Volkskreisen verbreitet und steht der Wiederaufnahme der kulturellen Beziehungen mit den anderen Völkern im Wege. Von der deutschen Regierung erwarten wir, daß sie keine Gelegenheit verläßt, diese Lüge, die größte unserer Zeit, aus der Welt zu schaffen. 2. Der V. d. A. fordert von der deutschen Regierung, daß sie in die Welt hinausruft, daß das deutsche Reich auf den Rechten besteht, die der Versailler Vertrag ihm läßt, und daß Frankreich und Belgien vertragsbrüchig geworden sind.

Ämliche Bekanntmachungen.

Stadtverordneten-Versammlung.

Am Mittwoch, den 18. Juni d. Js. keine Sitzung.
Stolp, den 14. Juni 1924.
Der Stadtverordneten-Vorsteher.
gez. Dr. Schmidt.

Stadtverordneten-Versammlung.

Die Herren Stadtverordneten werden aufgefordert, sich an dem Festzug der Christianisierungsfeier morgen, Sonntag, nachmittag 3 Uhr zahlreich zu beteiligen.
Versammlung vor dem Rathaus.
Anzug: Dunkel und Zylinder.
Stolp, den 14. Juni 1924.
Der Stadtverordneten-Vorsteher.
Dr. Schmidt.

Bekanntmachung.

Kraftfahrzeuglinie Stolp—Stolpmünde.
Die Firma Walter Pfister in Stolp beabsichtigt, für die Sommermonate eine fahrplanmäßige Kraft-Omnibuslinie Stolp—Stolpmünde und zurück einzurichten.
Widersprüche hiergegen sind bis zum 20. Juni 1924 bei der Polizeiverwaltung zu erheben.
Stolp, den 12. Juni 1924.
Die Polizeiverwaltung.
Der Oberbürgermeister.

Bekanntmachung.

Wahl der Elternbeiräte.

Es sind bei den Wahlvorständen folgende Wahlvorschläge eingegangen:

- a) für die Knabenmittelschule einer mit dem Anfangsnamen „Niedermeyer, Georg“
 - b) für die Mädchenmittelschule einer mit dem Anfangsnamen „Puttkammer, Otto“
 - c) für die III. Gemeindeschule einer mit dem Anfangsnamen „Venn—Bornstädt“
 - d) für die IV. Gemeindeschule einer mit dem Anfangsnamen „Bertau, Max“
 - e) für die katholische Schule einer mit dem Anfangsnamen „Rutkowski, Georg“.
- Für diese Schulen wird eine Wahlhandlung nicht vorgeschrieben. Die Feststellung des Wahlergebnisses erfolgt am Sonntag, den 22. Juni, 9 Uhr vormittags in öffentlicher Sitzung im Wahllokal.

Außerdem sind noch folgende Wahlvorschläge eingegangen.

- a) für die I. Gemeindeschule zwei und zwar ein christlich unpolitisch mit dem Anfangsnamen „Klein, Kaufmann“, der andere mit dem Anfangsnamen „Nemus, Willi“.
- b) für die II. Gemeindeschule zwei und zwar ein christlich unpolitisch mit dem Anfangsnamen „Bussow, Gustav“, der andere mit dem Anfangsnamen „Klank, Franz“.

Die Wahlen für die beiden letzten Schulen finden am Sonntag, den 22. Juni 1924, wie bereits bekanntgegeben, statt.

Die vollständigen Wahlvorschläge liegen in den genannten Schulen bei den Hausmeistern zur Einsicht aus.
Stolp, den 14. Juni 1924.
Die Wahlvorstände der beteiligten Schulen.

Eltern der 4. Gemeindeschule.

Nach den Angaben des Wahlvorstehers ist nur ein Wahlvorschlag eingegangen, somit wäre nur eine Liste gewählt.

Tatsächlich ist aber ein zweiter, der christlich-unpolitische Wahlvorschlag bei der 4. Gemeindeschule am Donnerstag, den 12. Juni um 12 Uhr mittags abgegeben worden.

Dem Wahlvorsteher ist dieser Vorschlag erst am Freitag früh übergeben worden, der Wahlvorsteher konnte daher dem Magistrat am Freitag vormittag nicht melden, daß nur ein Wahlvorschlag abgegeben worden ist.

Wir geben dies zur Kenntnis und behalten uns weitere Schritte vor.

Für die Eltern, die den christlich-unpolitischen Wahlvorschlag unterzeichnet haben:

M. Taube, Regierungsrat.

**Landkreis Stolp.
Öffentliche Aufforderung**

zur Abgabe einer Steuererklärung für die Veranlagung zur Gewerbesteuer nach dem Gewerbekapital (für das Kalenderjahr 1923) zum Zwecke der Feststellung der Vorauszahlungen für das Kalenderjahr 1924.

1. Zur Abgabe einer Steuererklärung sind verpflichtet: alle gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen, die im Bezirke des Gewerbesteuerausschusses für den Landkreis Stolp eine Betriebsstätte unterhalten, wenn sie am 31. 12. 1923 ein Vermögen von mehr als 4 800.—Goldmark besessen haben.

2. Die hiernach zur Abgabe einer Steuererklärung Verpflichteten werden aufgefordert, die Steuererklärung unter Benützung des vorgeschriebenen Vordrucks in der Zeit vom 16.—30. Juni d. Js. bei dem Vorsitzenden des Gewerbesteuerausschusses, in dessen Bezirk sich der Sitz oder die Leitung des Unternehmens befindet, einzureichen. Vordrucke für die Steuerklärung können vom 15. d. Mts. ab von dem unterzeichneten Vorsitzenden des Gewerbesteuerausschusses bezogen werden. Auch werden Vordrucke am 18. und 21. Juni d. Js. während der Dienststunden von 7 1/2—1 Uhr im Geschäftszimmer No. 17 des Kreishauses auf Wunsch abgegeben.

Die Steuerklärung ist schriftlich — zweckmäßig eingeschrieben — einzureichen oder mündlich dem Vorsitzenden des zuständigen Gewerbesteuer-Ausschusses gegenüber abzugeben.

Die Pflicht zur Abgabe der Steuerklärung ist vom Empfang eines Vordruckes zur Steuerklärung nicht abhängig.

3. Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuerklärung veräumt, kann mit Geldstrafen zur Abgabe der Steuerklärung angehalten werden, auch kann ihm ein Zuschlag bis zu 10 v. H. der festgesetzten Steuer auferlegt werden. Die Hinterziehung oder der Versuch einer Hinterziehung der Gewerbesteuer nach dem Gewerbekapital wird mit Geldstrafe bestraft, auch kann auf Gefängnis erkannt werden; ein fahrlässiges Vergehen gegen die Steuergesetze (Steuergefährdung) wird ebenfalls bestraft.
Stolp, den 12. Juni 1924.

Der Vorsitzende des Gewerbesteuerausschusses für den Bezirk Landkreis Stolp.
Dombörs. Landrat.

Der Sahneverkauf freigegeben!

Nach jahrelanger Unterbrechung ist nunmehr endlich infolge beträchtlicher Zunahme der Milchproduktion der Verkauf von Sahne wieder freigegeben worden. Infolgedessen verkaufen unsere Läden von

Montag, den 16. d. Mts. ab

- 1a Schlagjahne zu Mt. 1,65 d. Str.
- 1a Kaffejahne zu Mt. 1.— d. Str.
- 1a saure Sahne zu Mt. 1.— d. Str.

Um der Nachfrage stets gerecht werden zu können, wird möglichst um Vorausbestellung gebeten.

Molkerei Stolp.

Krieger-Verein 1876 Stolp

Sonntag, den 15. Juni nachm. 2³⁰ Auftreten am Vereinslokal zwecks Teilnahme am Festzug.
Der Vorstand.

Zur Reise- u. Badezeit

empfehlen wir zu äußerst günstigen Preisen
Sportanzüge, Breecheshosen,
Codenmäntel,
Badetrifots in allen Größen,
Badekappen,
Bademäntel, Badelaken.

Beamten-Wirtschafts-Genossenschaft

e. G. m. b. H.
Stolp i. Pom. Schulstraße 7.

Offeriere zu billigsten Preisen
Bau- und Tischler-Holz
Rauhspund u. Hobeldielen
Fußleisten in bekannter Höhe
Leopold Moeller

Rüsterstraße 26. Fernsprecher 780.

**Kernleder-Treibriemen
Kamelhaar-Treibriemen**

in nur ersten Qualitäten und gangbaren Dimensionen zu soliden Preisen vorrätig.

Franz Bartels & Co.,
Stolp, Präsidentenstraße 19.
Fernruf 133.

Festzug.

Nach der Auslosung im Festschuss marschieren hinter den städtischen und kirchlichen Körperschaften die Teilnehmer in folgender Reihe:

1. Männergesangverein. 2. ev. Arbeiterverein. 3. Kreiskriegerverband.
4. Sanitätskolonne. 5. Sämtliche Innungen. 6. Frauenvereine. 7. Handwerkerverein 1861. 8. Bürgerschützenverein. 9. Lehrerschaft. 10. Sämtliche Jugendvereine.

Es wird herzlich gebeten, dementsprechend Aufstellung zu nehmen.

Der Festschuss
J. A.: Bottke.



KOHLEN
Brikett
ARNO SCHULZ
STOLP GRÜNER WEG 3-4 TEL 1066

Maschinen-Zylinder-Motoren-Zentrifugen-Auto-Leder-
Maschinen-Wagen-Leder-Huf-
Oele
Fette
1a. Treibriemen
2-teilige Holzriemenscheiben
J. de Veer, Stolp, Langestr. 13.
Fernspr. 792. Gegr. 1862.

Umzüge

von und nach allen Orten sowie in der Stadt Stolp

aus
Paul Schmidt, Bahnh.
Fernruf 67 u. 68.

**Leinsaat
Sorradella
Tymothee**

kauft und erbittet Angehörige
Eduard Franzenstein
Wollweberstr. 17.

Kirchliche Anzeige
St. Petri.
Trinitatis.
Vorm. 10 Uhr Christianisierungsfest. Predigt.
Superintendent Blum.
Kollekte für den kirchlichen Jubiläumshaus (Brodingkirchenheim).
Nachm. 3 Uhr Festzug der kirchlichen Körperschaften der Gemeinde vom Rathaus nach dem Waldfater.
Beerdigungen:
Superintendent Blum.
Trauungen:
Pastor Lamberg.